

ten und Verbindungen sowie systembedingte Unterschiede werden durch die parallele Darstellung veranschaulicht. Ein wenig mißverständlich stellt Jauch die Genehmigung der DDR-Regierung für zwei Kirchenblätter und die Lizenzierung des St.-Benno-Verlags dar. Nach seinen Ausführungen muß der Leser schließen, daß erst nach dem Vertriebsverbot für die Westberliner Kirchenzeitung „Petrusblatt“ im Bereich der DDR Bemühungen um die Schaffung einer eigenen Presse und eines eigenen Verlags begannen. Tatsächlich hatte sich gleich nach Kriegsende der damalige Bischof von Berlin, Kardinal Preysing, für die kirchliche Presse auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone eingesetzt. Weihbischof Wienken, der Leiter des Kommissariats der Fuldaer Bischofskonferenzen, führte in dieser Angelegenheit langjährige Verhandlungen mit der SMAD, die nahtlos übergingen in Besprechungen mit den deutschen Politikern. Als 1951 der St.-Benno-Verlag in Leipzig und die Kirchenzeitung „Tag des Herrn“ die Lizenzen erhielten, war dies der Erfolg nach sechsjährigen Bemühungen.

Anhand ausgewählter Bereiche werden Fragen nach den Wirkungsmöglichkeiten der Kirchen zu beantworten versucht. Anspruch auf Vollständigkeit erheben die Herausgeber nicht. Die gesetzten Schwerpunkte vermitteln einen Eindruck vom Einsatz für Benachteiligte, für Umweltschutz und Frieden.

In mehreren Interviews kommen die Probleme um die Jugendreligionen, das Bedürfnis nach Religion sowie der Jugendaustausch zwischen beiden deutschen Staaten zur Sprache. Während in der Bundesrepublik die Zahl der kirchlich Gebundenen abnimmt, ist eine gleichzeitige quantitative Zunahme von Jugendreligionen und Sekten zu beobachten, ein Phänomen, das in der DDR kaum auszumachen ist. In der DDR suchen Jugendliche vielmehr häufig Anschluß an die Kirchen – jedoch weniger aus religiöser als aus politischer Motivation, weil nur die Kirchen in der DDR noch nicht gleichgeschaltet sind.

Das dritte und letzte Kapitel widmet sich den Beziehungen zwischen Kirchen und Christen in beiden deutschen Staaten. Die grenzüberschreitenden Verbindungen auf der Ebene der Kirchengemeinden sind jedoch allenfalls marginal.

Die Edition vermittelt grundlegende Informa-

tionen und Einsichten über die Kirchen in Deutschland-West und Deutschland-Ost – ein Buch zu Nachdenken.

R. Hackel

HÖPKEN, Wolfgang: *Sozialismus und Pluralismus in Jugoslawien*. Entwicklung und Demokratiepotential des Selbstverwaltungssystems. München: Oldenbourg 1984. 439 S. (Untersuchungen zur Gegenwartskunde Südosteuropas. 22.) 439 S. Kart. 48,-.

Seit ihrem Ausschluß aus dem sowjetischen Lager beanspruchen die jugoslawischen Kommunisten, einen demokratischeren Weg zum Sozialismus zu gehen als die übrigen kommunistischen Länder. Dies begründen sie damit, daß die bereits in den fünfziger Jahren eingeführte Selbstverwaltung jedem Jugoslawen das Recht gibt, bei allen betrieblichen und gesellschaftlichen Entscheidungen aktiv mitzuwirken. Da dieses Gesellschaftssystem pluralistische Tendenzen zu begünstigen scheint, untersucht Höpken in seiner Doktorarbeit, wie pluralistisch die jugoslawische Selbstverwaltung tatsächlich ist. Auf diese Weise möchte er klären, wie weit sich Pluralismus und Sozialismus vereinbaren lassen. Gleichzeitig will er überprüfen, „ob der Begriff ‚Pluralismus‘ der Kennzeichnung von Systemstrukturen und deren Wandel in sozialistischen Gesellschaften dienlich ist“ (21), um so einen Beitrag zur Methodendiskussion in der Osteuropaforschung zu leisten.

Um diese Aufgabe zu bewältigen, erläutert Höpken zunächst, was Pluralismus in der Osteuropaforschung und in seiner Dissertation bedeutet, und setzt sich dann mit dem Pluralismusverständnis jugoslawischer Marxisten auseinander. Dabei stellt er fest, daß in der jugoslawischen Pluralismustheorie „letztlich die Partei alleinige Entscheidungsinstanz über legitime und nicht-legitime Interessen ist“ (70). Ob die Selbstverwaltungspraxis dieses Ergebnis bestätigt, überprüft Höpken dadurch, daß er fragt, welche Rolle der „Sozialistische Bund des werktätigen Volkes“ und die Gewerkschaften in Jugoslawien spielen. Anhand geschichtlicher Untersuchungen und statistischer Unterlagen kann er nachweisen, daß der Sozialistische Bund einerseits den Anspruch der Partei legitimiert, nicht mehr unmittelbar und

monopolistisch die Macht in den Händen zu halten, und andererseits „die kontinuierliche Dominanz der durch die Partei vorgegebenen Interessen und Zielsetzungen garantiert“ (142). Die Gewerkschaften können die Interessen der Arbeiter nicht konsequent vertreten, weil sie mit dem Bund der Kommunisten eng verbunden sind, der „das jeweilige ‚gesamtgesellschaftliche Interesse‘ formuliert“ (282). Ein kompliziertes Wahlsystem sichert die Sonderstellung der Partei, die über den sozialistischen Bund die Aufstellung der Kandidaten überwacht und so das Wahlergebnis kontrolliert. Da alle Institutionen, in denen die Bürger ihre pluralen Interessen formulieren und durchsetzen können, dem Bund der Kommunisten untergeordnet sind, können sich pluralisti-

sche Tendenzen in Jugoslawien nur so weit entfalten, „wie die Partei sich zu einer Zurücknahme ihrer monistischen und hierarchischen Position bereitfindet“ (405).

Obwohl Höpkens Dissertation wegen der schwerfälligen Sprache nicht leicht zu lesen ist, enthält sie eine Fülle an historischem und statistischem Material und gibt einen umfassenden Einblick in das jugoslawische Gesellschaftssystem. Gleichzeitig macht sie deutlich, wie die kommunistische Partei die Selbstverwaltung dazu benutzt, um ihre Interessen durchzusetzen und ihre Macht zu verteidigen. Die politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten Jugoslawiens zeigen, welchen Schaden sie damit anrichtet.

*J. Oswald SJ*

## ZU DIESEM HEFT

Die für den Herbst dieses Jahres einberufene Bischofssynode wird sich mit dem Thema „Berufung und Sendung der Laien in Kirche und Welt“ befassen. Bisher wurde der Laie in Abgrenzung vom Kleriker definiert. Heute muß ein neuer Ansatz gesucht werden, der von der Zuordnung ausgeht. WOLFGANG BEINERT, Professor für Dogmatik an der Universität Regensburg, fragt daher: Was gilt der Laie in der Kirche?

JOHANNES REITER, Professor für Moraltheologie an der Universität Mainz, befaßt sich mit der Beziehung zwischen christlichem Glauben und politischer Praxis. Er formuliert Grundsätze einer christlich orientierten Politik und verdeutlicht sie an den Themen Kernkraft und Arbeitslosigkeit.

Krankheit, Sterblichkeit und Tod gehören zur realen geschichtlichen Existenz des Menschen. Was ist für den Christen ihr Sinn? FRANZ BÖCKLE, Professor für Moraltheologie an der Universität Bonn, versucht eine Antwort.

Die Realität von Sterben und Tod im modernen Krankenhaus bringt viele Probleme mit sich. WERNER RITTER, Privatdozent an der Universität Regensburg, plädiert für Sterbekliniken als Ermöglichung einer neuen „Kunst des Sterbens“.

Im Jahr 1988 wird die Tausendjahrfeier der Christianisierung Rußlands begangen. GERHARD PODSKALSKY, Professor für Kirchengeschichte und Byzantinistik an der Philosophisch-Theologischen Hochschule St. Georgen in Frankfurt, klärt die historischen Fakten und gibt einen Überblick über die verschiedenen Interpretationen vom vorigen Jahrhundert bis zur gegenwärtigen sowjetischen Geschichtsschreibung und Publizistik.